Der Reichstag geht in die Sommerferien.

Dauersitzung bis 1 Uhr nachts. — Das Republikschutzgesetz ist zu Fall gekommen. — Annahme der Sperrgesetze, der Agrargesetze und der 2. Rate für den Panzerkreuzer.

Berlin, 27. Juni. Mit einer Dauersitzung, die um 10 Uhr vormittags begann und nach 1 Uhr nachts endete, hat der Reichstag heute seine Sommerarbeit abgeschlossen, allerdings unter Zuhilfenahme einer besonderen Nachsitzung, die für die Schlußabstimmung zum Etat und zu den Agrargesetzen geschäftsordnungsmäßig erforderlich war. Das Gesamtergebnis der Reichstagsarbeit läßt sich kurz dahin zusammenfassen: Endgültig angenommen sind der Etat und die Agrargesetze, ebenso das Sperrgesetz über die Streitigkeiten wegen der Ablösung älterer Renten, dieses aber nur mit einfacher Mehrheit. Abgelehnt wurde die Verlängerung des Republikschutzgesetzes und abgelehnt wurden selbstverständlich auch die Mißtrauensanträge. Neben diesen besonders wichtigen Gegenständen sind heute noch eine ganze Reihe anderer Dinge erledigt worden, darunter zum Beispiel die Verwendung der Ueberschüsse aus der Lohnsteuer für die Invalidenversicherung und der deutsch-estnische Handelsvertrag.

•

Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte folgte die zweite Beratung der Novelle zur Lex Brüning. Danach soll der Ueberschuß der Lohnsteuer nicht mehr zur Senkung dieser Steuer verwendet werden, sondern bis zu 75 Millionen Mark der Knappschaftsversicherung überwiesen werden, während der Rest der Invalidenversicherung zufließen soll. In diesem Jahre würden 45 Millionen an die Invalidenversicherung fließen. Damit verbunden ist der Antrag der Bayrischen Volkspartei auf Aenderung des Braukontingents in der Biersteuer. Dieser Antrag ist vom Steuerausschuß abgelehnt worden, dagegen wurde einem Antrag auf Steuerfreiheit des Futterzuckers vom Ausschuß zugestimmt. Deutschnationale und Kommunisten stellen nunmehr fest, daß ihnen die Drucksachen zu spät zugegangen sind. Auch für die dritte Lesung des Etats ergeben sich ähnliche Schwierigkeiten. Auf den Antrag des Abgeordneten Leicht von der Bayrischen Volkspartei wird daher die Weiterberatung um zwei Stunden vertagt.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung beantragt Abg. **Graf Westarp** (Dnat. Vp.), die dritte Beratung des Etats zurückzustellen. Die Deutschnationalen könnten über den Etat erst abstimmen, wenn die Zollvorlage erledigt sei.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wird der Antrag Westarp abgelehnt und die dritte Beratung des Etats fortgesetzt.

In namentlicher Abstimmung wird mit 240 gegen 172 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten bei 9 Enthaltungen die zweite Rate für den Panzerkreuzer angenommen. Die sozialdemokratischen Minister haben im Gegensatz zur Fraktion für die Bewilligung gestimmt.

Beim Landwirtschaftsetat werden auf Antrag der Regierungsparteien die Mittel für die Förderung landwirtschaftlicher Kraftgeräte erhöht. Der mit diesem Etat verbundene Antrag auf Streichung der Zwischenzölle für Speck und Schmalz wird gegen Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen. Angenommen wird auch der Antrag auf Bewilligung von 3,75 Millionen zur Förderung der Bergung der Getreideernte. Beim Versorgungsetat wird die Entschließung auf Vorlegung eines Wartestandsbeamtengesetzes abgelehnt.

Angenommen wird eine Entschließung Dr. Quaatz (Dnat. Vp.), in der die Regierung ersucht wird, den Wortlaut des Pariser Abkommens und die Unterlagen dazu dem Reichstage vorzulegen. Die entscheidende Abstimmung über den Gesamthaushalt wird zunächst zurückgestellt. **Hierauf werden die Mißtrauensanträge gegen den Reichsaußenminister Dr. Stresemann gegen die Stimmen der Deutschnationalen, Nationalsozialisten, Christlich-Nationalen und Kommunisten abgelehnt.**

Es folgt die dritte Beratung des Sperrgesetzes für Rechtsstreitigkeiten über ältere staatliche Renten.

Der Antrag der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, daß das Gesetz auf Schiedsgerichte keine Anwendung finden soll, wird in namentlicher Abstimmung mit 245 gegen 173 Stimmen bei 14 Enthaltungen abgelehnt.

Der volksparteiliche Antrag, das Gesetz in der Einleitung als verfassungsändernd zu bezeichnen, wird in namentlicher Abstimmung mit 242 gegen 185 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt.

In der namentlichen Schlußabstimmung wird das Gesetz mit 260 gegen 170 Stimmen bei sechs Enthaltungen endgültig angenommen. Für das Gesetz haben Zentrum, Demokraten, Sozialdemokraten, Kommunisten und Deutsche Bauernpartei gestimmt.

Präsident Löbe stellt fest, daß die Annahme des Gesetzes mit einfacher Mehrheit erfolgt sei. (Rufe von rechts: Also ist es nicht angenommen!) Darüber steht dem Reichstage die Entscheidung nicht zu.

Auf Vorschlag des Präsidenten Löbe wird die Schlußabstimmung über die Verlängerung des Republikschutzgesetzes bis nach der Abstimmung über die Agrarfrage zurückgestellt. Die Regierungsparteien wollen offenbar in der Zwischenzeit die für eine Zweidrittelmehrheit nötigen Stimmen der Wirtschaftspartei gewinnen.

Gegen die Deutschnationalen, die Bauerngruppen und die Kommunisten wird dann der deutsch-estnische Handelsvertrag in zweiter und dritter Beratung angenommen, dazu eine Entschließung, in der die Regierung ersucht wird, die Interessen der geschädigten Reichsdeutschen in Estland zu vertreten.

Nunmehr kommen die vorher zurückgestellten

Agrarfragen

zur zweiten Beratung. Der Handelspolitische Ausschuß schlägt einen Gesetzentwurf vor, der den Mühlen den Zwang zur Vermahlung einer gewissen Mindestmenge von Inlandsweizen auferlegt. In einem weiteren Gesetzentwurf, den der Ausschuß vorlegt, wird die Regierung ermächtigt, für sechs Monate ein Zusatzabkommen zum französischen Handelsvertrag in Kraft zu setzen, das die Mehlzölle gegenüber den jetzigen Sätzen erhöht.

Abg. Schiele (Dnat.) führt aus: Der totale Weizenüberschuß Amerikas bringe auf den deutschen Markt ein und könne bei der deutschen Wirtschaft Verluste erzeugen, die in die Hunderte von Million. gehen. Beim Roggen stehen die Dinge fast noch schlimmer. Die überflüssige Einfuhr von Vieh muß gedrosselt werden. Das Unrecht, das der Landwirtschaft angetan wird, kann schlimme Folgen für die ganze deutsche Wirtschaft haben. 20 Millionen deutscher Landwirte sind heute erwacht, und sie werden sich mit allen gesetzlichen Mitteln wehren, denn sie wollen nicht untergehen.

Nach kurzer Aussprache, an der auch Reichsernährungsminister Dietrich teilnimmt, wird **die Vorlage über den Vermahlungszwang gegen Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.**

Das Ermächtigungsgesetz zum Wegfall der Mehlzwischenzölle im deutsch-französischen Handelsvertrag wird gegen die Kommunisten in zweiter Beratung angenommen. Dazu liegt eine Zentrumsentschließung vor, auf Verwendung der Zollmehreinnahmen zugunsten der Minderbemittelten, besonders der kinderreichen Familien. In namentlicher Abstimmung wird die Zentrumsentschließung mit 255 gegen 159 Stimmen bei 25 Enthaltungen angenommen.

Hierauf wird die namentliche Schlußabstimmung über das

Republikschutzgesetz

vorgenommen. **Dafür werden 263 Stimmen der Regierungsparteien, dagegen 166 Stimmen der Rechten, der Kommunisten und der Wirtschaftspartei abgegeben. Zwei Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Die für die Verlängerung des Republikschutzgesetzes erforderliche Zweidrittelmehrheit ist also nicht erreicht und das Gesetz tritt am 22. Juli außer Kraft. Das Abstimmungsergebnis wird von der Rechten mit lebhaftem Händeklatschen begrüßt.**

Reichsinnenminister Severing

bittet ums Wort. Als er die Rednertribüne betritt, rufen die Nationalsozialisten: „Severing abtreten, Gummiknüppeldiktator!" Die Kommunisten machen ähnliche Zurufe. Mit Mühe gelingt es dem Minister, sich verständlich zu machen. Er erklärt: „Durch die Ablehnung der Verlängerung ist eine Lücke entstanden, deren Ausfüllung unerläßlich ist. Wir sind uns klar darüber, daß es aussichtslos ist, in diesem Tagungsabschnitt eine neue Vorlage einzubringen. Die Regierung wird dem Reichstag bei seinem Wiederzusammentritt ein neues Gesetz vorlegen."

Bei diesen Worten erhebt sich neuer großer Lärm bei den Nationalsozialisten und Kommunisten. Die Nationalsozialisten rufen fortwährend: „Gummiknüppeldiktator, abtreten!" Die Sozialdemokraten rufen schließlich dem Vizepräsidenten Graef zu, er möge dem Minister Ruhe verschaffen. Graef versucht das vergeblich und verläßt schließlich in dem allgemeinen Lärm seinen Sitz, wodurch die Sitzung unterbrochen wird.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung kam Minister Severing endlich zum Wort. Er erklärt, daß die Republik nicht schutzlos sei, denn der Artikel 48 der Verfassung gebe noch genügend Möglichkeiten. Die Kommunisten verlangen eine Besprechung der Ministererklärung, wobei es zu erneuten heftigen Angriffen gegen Severing kommt.

Gegen 1 Uhr nachts erfolgt endlich die

Schlußabstimmung über den Gesamtetat.

Für den Etat stimmen nur die Regierungsparteien. Der Etat wird mit 243 gegen 152 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Präsident **Löbe** nimmt noch Veranlassung zu einer Erklärung

gegen das Versailler Diktat und die Kriegsschuldlüge.

Er führt aus:

Unsere Verhandlungen haben sich in den Tag hinein erstreckt, an dem vor zehn Jahren das Versailler Diktat unterzeichnet worden ist. (Die Kommunisten verlassen den Saal, während sich die Abgeordneten der übrigen Parteien von den Sitzen erheben.) In diesem Diktat wurde Deutschland die Alleinschuld am Kriege zugeschoben. Der Protest, den vor zehn Jahren die Regierung in Weimar gegen diese Beschuldigung erhoben, besteht auch heute noch fort. (Beifall.) Inzwischen mehren sich in der ganzen Welt, auch bei unseren ehemaligen Gegnern, die Stimmen, die sich gegen diese Beschuldigung wenden, die sie für unbewiesen und unbeweisbar halten. (Beifall.) Ich will deshalb in diesem Augenblick nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß es der weiteren Aufklärung gelingen möge, recht bald die Beseitigung dieser Beschuldigung zu bringen, die von keinem unparteiischen Gerichtshofe der Welt noch gegen Deutschland erhoben werden würde. (Lebhafter Beifall.)

Der Präsident schließt dann um 1.15 Uhr die Sitzung mit Dankesworten an das Personal des Reichstages. Er erbittet und erhält die Ermächtigung, die nächste für August vorgesehene Sitzung einzuberufen.

Neues aus aller Welt.

— Vierfacher Selbstmord einer Bankiersfamilie. Aus Erfurt wird gemeldet: Die Inhaber des Bankgeschäftes Arno Ullmann, die Zwillingsbrüder Arno und Benno Ullmann, Frau Arno Ullmann und die unverheiratete Schwester der beiden Brüder wurden gestern vormittag in der der Familie gehörenden Villa durch Leuchtgas vergiftet tot aufgefunden. Es scheint Selbstmord vorzuliegen. Man vermutet, daß geschäftliche Schwierigkeiten den verzweifelten Entschluß veranlaßt haben. Eine Prüfung der Geschäftsbücher ist eingeleitet.

— „. . mit Frau u. Kind". Ein Geschäftsmann im sogenannten besten Mannesalter reist zum Einkauf nach Berlin. Demgemäß ist die Brieftasche wohlgefüllt. In seinem Abteil sitzt eine hübsche, junge Frau mit einem kleinen Kindchen. Bald kommen sie ins Gespräch, finden Gefallen aneinander, und bei der Ankunft in Berlin sind sie so weit einig, daß sie gemeinsam ein Hotel aufsuchen, um dort die Nacht zu verbringen, nach regelrechter Eintragung ins Fremdenbuch: „mit Frau und Kind". — Am nächsten Morgen erwacht der Kaufmann spät und findet sich allein. Nichts Gutes ahnend, eilt er zu seinem Rock. O Schreck, die Brieftasche ist verschwunden. Er will sich eilig ankleiden und entdeckt, daß an seiner Hose beide Beine abgeschnitten sind. Vom Portier erfährt er, daß seine angebliche Frau schon zeitig das Kindchen in der Loge abgegeben habe, damit der liebe Papa im Schlafe nicht gestört werde; sie komme nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten wieder. Seine richtige Frau, um Geld von ihm andepeschiert, kommt selbst. Nach einer „kleinen liebevollen" Aussprache begleicht sie die Zeche, besorgt eine neue Hose, und beide wollen nun das Abenteuer-Haus verlassen. Doch eine letzte Ueberraschung! Zum Abschied, „als kleines Angebinde", überreicht ihm der Portier sein im Fremdenbuch als sein eigen angegebenes Kind. Es bleibt ihm nichts übrig, als es mit nach Hause zu nehmen, wo er es auf seine Kosten irgendwo unterbringt. Bei seiner nächsten Berliner Geschäftsreise wird ihn seine Gattin begleiten.

Aus Sachsen.

Dresden, 28. Juni. Aufsehenerregende Verhaftung wegen Konkursvergehens und Betrugs. Eine Dresdner Korrespondenz verbreitet folgenden Bericht: Eine Verhaftung, die in weitesten Kreisen von Industrie und Handel erhebliches Aufsehen erregen dürfte, wurde von der Staatsanwaltschaft Dresden vorgenommen. Es handelt sich um den in Wachau bei Radeberg wohnhaften Ingenieur und Generaldirektor Artur Edmund Seidemann, der im Verdacht steht, größere Betrügereien begangen und gegen die Konkursordnung verstoßen zu haben. Der Verhaftete war an verschiedenen industriellen Unternehmen beteiligt, über die vor wenigen Wochen das Konkursverfahren eröffnet worden ist. Es handelte sich um die Firmen Revision- und Verwaltungs-Gesellschaft für den Seidemann-Rödertal-Verband Aktiengesellschaft, Seidemann-Rödertalwerk Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Rödertal-Elektrizitätswerk G. m. b. H., sämtliche in Liegau-Augustusbad befindlich, und um die Maschinenfabrik Rödertal A.-G., in Seifersdorf bei Radeberg, bei denen Seidemann entweder Mitgesellschafter bzw. Aufsichtsrat war, oder sich als Generaldirektor bezeichnete. Diese Unternehmen kämpften schon seit längerer Zeit mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Seitens der staatlichen Wohlfahrtshilfe wurden zwecks Aufrechterhaltung des Betriebes beträchtliche Mittel gegen hypothekarische Sicherheitsleistungen, und zwar solche in einer Gesamthöhe von 2800000 Reichsmark vorgestreckt. Was nun den Konkurs dieser Unternehmen selbst anlangt, so handelt es sich hier um eine wirklich große Pleite. Bei zwei der vorgenannten Unternehmen ist keine Konkursmasse vorhanden, während die beiden andern Konkursbetriebe nur Massen von 7000 resp. etwa 8000 Mark aufzuweisen haben. Zum Konkursverwalter dieser Seidemann-Unternehmen wurde vom Amtsgericht Radeberg der bekannte Dresdner Lokalrichter Oswald Reichel ernannt. Letzterer hat am Mittwoch weiterhin auch die Eröffnung des Konkursverfahrens über das Vermögen Seidemanns beantragt, da dieser den einzelnen Konkursbetrieben zum Teil recht große Summen schuldet. Am heutigen Freitag findet vor dem Amtsgericht Radeberg die Zwangsversteigerung einiger auf den Namen des verhafteten Generaldirektors eingetragenen und in Liegau-Augustusbad gelegenen Grundstücke statt. Ueber den Ausgang dieses Konkurs- u. Strafverfahrens wird noch näher zu berichten sein.

Hohenstein-Ernstthal, 28. Juni. Blitzschlag in eine Fabrik. Bei einem gestern zwischen 19 und 20 Uhr über die Stadt niedergegangenen schweren Gewitter schlug der Blitz in die Nadelfabrik von Anton Hasse und zündete in dem über der 3. Etage gelegenen Lagerraum. In kurzer Zeit quoll der Rauch aus dem ca. 60 Meter langen Dach der Fabrik. Die Motorfeuerwehr der Fabrik sowie die Feuerwehr von Hohenstein-Ernstthal traten alsbald in Tätigkeit, konnten aber des Feuers allein nicht Herr werden, so daß eine Motorspritze aus Chemnitz zu Hilfe gerufen wurde. Diese erschien gegen ¾21 Uhr und beteiligte sich an der Bekämpfung des Brandes. Gegen ½22 Uhr war das Feuer soweit bewältigt, daß die Feuerwehren des Ortes abrücken konnten und die beiden Motorspritzen die letzten Löscharbeiten erledigten. Ein Feuerwehrmann wurde derart verbrannt, daß man ihn ins Krankenhaus schaffen mußte.

Aus der Oberlausitz.

Bischofswerda, 28. Juni.

—* **Die Auszahlung der Renten** für den Monat Juli erfolgt wie bisher beim hiesigen Postamt, sowie bei den Postagenturen. Vom August ab zahlen auch die zum Bereich des Postamts Bischofswerda gehörenden Poststellen die Renten.

—* **Die Turmmusik des Posaunenchors** findet Sonnabend, den 29. 6. nachm. 6 Uhr, statt und beginnt mit Gesangbuchlied Nr. 495, Vers 1—3 „Geh aus, mein Herz, und suche Freud in dieser lieben Sommerzeit an deines Gottes Gaben." 2. Choral, Paul Gerhardts Trutzlied aus Gsgb. Nr. 385, Vers 1 u. 3, „Ist Gott für mich, so trete gleich alles wider mich." 3. Abendchoral aus Gsgb. Nr. 477, Vers 1 u. 2, „Der Tag ist hin; mein Jesu, bei mir bleibe". 4. Schlußchoral aus Gsgb. Nr. 15 „Die Gnade" (I 251; III; C. 29; 30).

—* **Der Landesverband der Saalinhaber Sachsens** hält seinen 26. Verbandstag, verbunden mit Fachausstellung, am 26., 27. und 28. August 1929 in Grimma ab. Die Leitung der Fachausstellung liegt in den Händen der Geschäftsstelle Mühle Lindhardt, Lindhardt b. Leipzig.

—* **Im Postkraftwagen durch Dresden und das schöne Sachsen.** Die Reichspost hat, wie bereits bekannt, einen bildgeschmückten Führer für die Postrundfahrten herausgegeben. Das in Taschenform und 4farbigem Umschlag erschienene schmucke Heft umfaßt 80 Seiten und etwa 70 ausgesucht schöne Bilder von Dresden, seiner Umgebung und einzelnen Teilen Sachsens. Auch eine schöne Gesamtansicht von Bischofswerda ist auf Kosten des Verkehrsvereins Bischofswerda in den Führer aufgenommen worden. Außerdem enthält das Heft in deutscher und englischer Sprache kurzgefaßte Hinweise auf die Hauptsehenswürdigkeiten Dresdens und Sachsens u. eine Zusammenstellung der empfehlenswertesten Strecken für Rund- und Gesellschaftsfahrten von Dresden aus. Der neueste Stadtplan von Dresden und eine überaus sauber gedruckte Karte von Sachsen ergänzen das Heft in vorteilhafter Weise. Wenn das Heft auch vorwiegend zur Werbung außerhalb Sachsens und im Auslande dient, so können doch einzelne Hefte bei allen Postämtern zu dem billigen Preise von 60 Rpf. bezogen werden. Das Buch erscheint uns wohl geeignet, den Ruhm Dresdens und des herrlichen Sachsenlandes

SLUB
Wir führen Wissen.